

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer der Reichspostamt
Postkarte für Postsendung aus
Lage des Reichspostamts, aus
Lage des Reichspostamts, aus
Lage des Reichspostamts, aus
Lage des Reichspostamts, aus

Veröffentlichung nach dem Reichs-
gesetz über die Pressefreiheit
ausgegeben am 3. Juni 1924
Lage des Reichspostamts, aus

Verantwortlich: Leopold Auer, Erzgebirge. Inhaltlich für die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Amts: Amt Leipzig Nr. 1924

Nr. 128

Dienstag, den 3. Juni 1924

19. Jahrgang

Die ewige Regierungskrisis

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Man ist in Deutschland schon daran gewöhnt, daß Regierungskrisen lange dauern. Aber diesmal überdauert die Dauer der Regierungsbildung doch alle Erwartungen. Am 4. Mai hat die Reichstagswahl stattgefunden und am 4. Juni kann sich allem Anschein nach noch immer nicht die neue Regierung dem Parlament vorstellen. Der neue Reichspräsident Waltraf war am Montag im Vorkabinett sogar der Ansicht, daß die Regierungsbildung des neuen Kabinetts erst nach den Pfingstferien auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, vierzehn Tage lang haben die Parteien der Mitte mit den Deutschnationalen aufs eingehendste verhandelt. Und immer noch sind die Verhandlungen zu keinem Abschluß gelangt. Wer will es der demokratischen Reichstagsfraktion verdenken, wenn sie am Montag einstimmig den Herrn Reichskanzler Dr. Marx aufgefordert hat, den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen nun endlich Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung auf dem Boden der Plattform der Mittelparteien zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit der Lage außerpolitisch gefährlich und wirtschaftlich unerträglich sei.

Kein Mensch im Lande versteht mehr diese Verschleppungskunst. Die Tatsachen liegen doch jetzt klar vor aller Augen. Die fruchtlosen Vermittlungsversuche der Deutschen Volkspartei zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien sind gescheitert. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in einer feierlichen Erklärung am vorigen Freitag der Welt kund und zu wissen getan, daß sie nicht eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik, sondern eine Kursänderung verlangt und als sichtbares Zeichen dafür einen anderen Außenminister an Stelle Stresemanns fordert. Da aber die drei Mittelparteien eine ganz klare außenpolitische Plattform allen Verhandlungen zugrunde gelegt hatten, die gradlinige Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik verlangte, und da auch diese Plattform dem In- und Ausland zur Kenntnis gebracht war, konnte eine Verständigung als völlig ausgeschlossen gelten. Selbst etwaige Kompromißformulierungen eines neuen außenpolitischen Programms waren damit unmöglich geworden, denn sie hätten selbst bei vorläufigsten Vorkassungen sofort bewiesen, daß der außenpolitische Kurs nicht fortgesetzt, sondern irgendwie geändert werden sollte. Und wenn nun gar ein Wechsel auf dem Posten des deutschen Außenministers vorgenommen worden wäre, hätte niemand in der Welt mehr geglaubt, daß die deutsche Regierung bei ihrer vorbehaltlosen Annahme des Sachverständigenrats stehen geblieben wäre. So hatten es offenbar auch am Freitag die Deutschnationalen angesehen, als sie ihre Absage der Öffentlichkeit unterbreitet hatten.

Auch die Deutsche Volkspartei hatte unter dem ersten Eindruck der deutschnationalen Absage und Schlussklärung als Fraktionsbeschluss verkündet, daß sie nunmehr ihre Vermittlungstätigkeit als erloschen ansehe. Jedermann mußte annehmen, daß über Sonntag endlich die neue Regierung unter Ausschluß der Deutschnationalen zustande kommen würde. Aber das Unglaubliche geschah, daß am Sonntag neue Verhandlungen zwischen Marx und Herat und zwischen Herat und Scholz, dem Führer der Deutschen Volkspartei, wieder eingeleitet wurden, bei denen die Deutschnationalen überraschenderweise auf neue entgegenkommende Erklärungen abzugeben haben sollen. Und die Deutschen Volksparteier haben trotz aller schlimmen Erfahrungen offenbar noch einmal geglaubt, es sei doch noch eine Regierung mit Einbeziehung der Deutschnationalen auf Grund der Plattform möglich, die sie selbst mitbeschlossen und eine Zeitlang sogar als ihre höchst eigene vertreten haben. Der normale Wähler, selbst der deutsch-volksparteiliche, wird verständnis- und fassungslos vor solchen Anschauungen stehen.

Schaltet man die parteitaktischen Axt- und Querhiebe der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einmal aus, so ist doch die politische Lage jetzt nach den wochenlangen Verhandlungen so klar wie nur irgend denkbar. Die Deutschnationalen haben nach langem Zögern endlich offen erklärt, daß sie eine Kursänderung der deutschen Außenpolitik verlangen. Eine solche Kursänderung würde die jetzigen Verständigungsmöglichkeiten mit der Entente völlig perschnitten und Deutschland politisch und wirtschaftlich in den Abgrund stürzen. Sie kann und darf deshalb nicht ernsthaft in Betracht kommen. Die Deutschnationalen haben sich in ihrer Entscheidung selbst der Möglichkeit beraubt, aktiv an der Regierung teilzunehmen. Alle Nebenbuhler der Deutschen Volkspartei können daran nichts ändern. Weitere Verhandlungen über die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung müssen damit ein für alle-

mal erledigt sein. Nicht aus irgendwelchen parteipolitischen Gründen, sondern im dringendsten Interesse des Vaterlandes. Dieses Interesse ist im Augenblick umso stärker, als die wirtschaftliche Lage, insbesondere die allgemeine schwere Kreditnot jede Verzögerung abschließender Verhandlungsverhandlungen mit der Entente verbietet. Es handelt sich heute nicht mehr bloß darum, eine verhandlungsfähige Reichsregierung zustande zu bringen, sondern sie so schnell als irgend möglich in den Sattel zu setzen. Jeder Tag später, an dem das geschieht, bedeutet ungeheure wirtschaftliche Schädigungen, die niemand verantworten kann.

Also muß schnell gehandelt werden. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich sehr genau überlegt, ob sie die Beschleunigung nicht dadurch herbeiführen könne, daß sie ihrerseits erklärt, sich an weiteren Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen nicht weiter beteiligen zu wollen. Sie ist indessen aus wohl erwogenen Gründen zu dem Beschluß gekommen, sich in diesem Augenblick noch nicht freiwillig und selbst aus den Verhandlungen auszuschließen, an denen sie seither mit so großem Geschick und Erfolg beteiligt war. Sie hält es auch jetzt noch für notwendig, innerhalb der drei Mittelparteien den gradlinigen Kurs der deutschen Außenpolitik mit allem Nachdruck zu vertreten.

Die demokratische Entscheidung

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Entscheidung gefaßt:

„Nachdem die Deutschnationale Volkspartei am Freitag öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehnt, und eine Kursänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt die zu der zwischen den bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametralen Gegensatz steht, fordert die demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit der Lage außerpolitisch gefährlich und wirtschaftlich unerträglich ist.“

Eine neue Erklärung Stresemanns.

In Ergänzung unserer am Sonnabend gegebenen Meldung, derzufolge der Reichsaußenminister Dr. Stresemann bereits am Himmelfahrtstage dem Reichskanzler Marx gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, die Neuformung des Kabinetts nicht von persönlichen Rücksichtnahmen abhängig zu machen, wird nunmehr bekannt, daß Dr. Stresemann erneut schriftlich seine Erklärung vom Himmelfahrtstage dem Reichskanzler Marx gegenüber wiederholt habe.

Eine Erklärung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab gestern gegen 3 Uhr folgende Mitteilung aus:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni wiederholt zu den Gerichten und Zumutungen Stellung genommen, daß die Fraktion den Parteiführer Außenminister Dr. Stresemann fallen ließe. Sie stellt demgegenüber fest, daß sie und ihre Verhandlungsführer stets an ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen festgehalten haben. Wenn sie die Entscheidung auch von dem Willen des Herrn Dr. Stresemann abhängig gemacht hat, so war das zunächst eine Selbstverständlichkeit, entsprach aber auch der eigenen Haltung des Herrn Dr. Stresemann gegenüber dem Reichskanzler Marx. Die Fraktion verweist wiederholt auf ihren Beschluß vom 31. Mai, wonach sie zu ihrer Haltung in erster Linie durch die Entscheidung bestimmt worden ist, daß es aus sachlichen Gründen geboten ist, im In- und Ausland durch einen Personenwechsel nicht den Anschein einer außenpolitischen Kursänderung hervorzurufen.“

Die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet.

Essen, 2. Juni. Im gesamten Ruhrbergbau sind heute 88,52 Prozent der Belegschaft der Frühlicht eingeschifft. Im Bergrevier Duisburg, wo die Kommunisten am stärksten vertreten sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,52 Prozent der Gesamtbelegschaft. Es ist nirgends zu Ruhestörungen gekommen.

250 Millionen Goldmark Verluste.

Der Reichsverband gibt bekannt, daß durch den Ruhrbergarbeiterstreik und die dadurch veranlaßte Stilllegung der Kohlenförderung 250 Millionen Goldmark Verluste entstanden sind. Die Nachlieferung für die Militären beträgt allein eine große Monatsförderung. Der Ausfall an Arbeitslöhnen erreicht fast 170 Millionen Goldmark.

Protest des Deutschen Beamtenbundes gegen die Gehaltsregelung.

Zur Erhöhung der Beamtengehälter hat der Deutsche Beamtenbund eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat mit Genehmigung von der durch Verordnung der Reichsregierung vorgenommenen unsocialen und unzulänglichen Besoldungsregelung Kenntnis genommen. Sie gibt im Hinblick auf die allgemeine Lage und insbesondere wegen der Besoldungsregelung ihrer tiefen Beforgnis für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Beamtenschaft Ausdruck, und stellt mit großem Bedauern fest, daß die Reichsregierung hierbei kein Verständnis für die Lage der schwer darbedenden unteren Beamtenschaft gezeigt hat. Die Bundesleitung lehnt die neue Besoldungsregelung mit Entrüstung ab. Sie erwartet vom Reichstage, daß er an Stelle dieser Regelung eine neue setze, die vom sozialen Geist getragen ist und allen Beamten die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensführung wiedereröffnet.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat einen Antrag eingebracht, wonach mit sofortiger Wirkung der Artikel 6 der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung über die 12. Ergänzung des Besoldungsgesetzes aufgehoben, werden soll. Durch diesen Artikel hat sich die Regierung die Ermächtigung gegeben, bis zum 1. Oktober 1924 die Gehälter der Beamten von sich aus ohne Befragung des Reichstages zu regeln. Die demokratische Fraktion hält die Aufhebung für geboten, nachdem die Regierung auf Vorschlag des Reichsfinanzministeriums für die Zeit ab 1. Juni eine Neuregelung der Bezüge verfaßt hat, die wegen ihrer unsocialen Gestaltung in den Kreisen der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen mit Recht größte Erregung hervorgerufen hat.

Der Potsdamer Kommunistenanschlag.

Die Untersuchungen über das bei der Enthüllung des Gardebataillons-Denkmal in Potsdam geplante Sprengstoffattentat hat zweifelsfrei ergeben, daß die mit der Vorbereitung dieses Verbrechens betrauten Personen bis in die Zentralinstanzen der KPD reichen. Der Stadtrat Thiedemann und der Stadterordnete Hesse, die in Potsdam der Kommunalvertretung angehören, haben unmittelbar an den Vorbereitungen zu dem Attentat gearbeitet. Die Verhaftungen sind in Potsdam, Berlin, Hamburg und einigen Orten der Provinz erfolgt. Es wurde dabei Material gefunden, das beweist, daß die kommunistische Parteileitung über ein sehr sorgfältig zusammengetrages, kostspieliges Nachrichtenmaterial verfügt. Es handelt sich bei diesem Material u. a. auch um ein Dichtbild-Abbild, das eine große Anzahl von Personen umfaßt, darunter namentlich Politiker und Beamte der Dezernate, die sich mit dem Treiben der Kommunisten befassen.

Zum Attentat auf Dr. Seipel.

Anarchisten als Anstifter des Anschlages
Die Budapestener Polizei glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß das Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel von derselben Anarchistengruppe organisiert wurde, die den Arbeiter Staron nach Budapest entsandte, damit er den Reichsverweser Horthy erschleße. Staron war als Arbeiter in einer niederösterreichischen Fabrik beschäftigt und gestand bei seiner Verhaftung der Polizei, daß seine Auftraggeber auch gegen mehrere andere Staatsoberhäupter Attentate planten. Der Verhaftete soll damals bereits Namen von Komplizen genannt haben, darunter den Namen Karl Jaworek, der jetzt das Attentat auf Seipel verübte.

Jaworek wurde wiederum verhaftet, wobei er einige Neuigkeiten zeigte. Er lehnte Nahrungsaufnahme ab und sagte nur, er wolle erst dann essen, wenn man ihm mit Gewißheit sagen könne, daß der Bundeskanzler außer Gefahr sei. Das sehr laune Schreiben, das er an seine Frau richtete und das man in seinen Taschen vorfand, ist überaus verwirrt. Er sagt darin, daß ihn das Leben nicht mehr freue und daß er ihm ein Ende bereiten würde. Er habe keine Aussicht mehr, glücklich zu sein. Er wolle nurlos aus der Welt gehen. Wenn es ihm gelinge zu gehen, solle noch einer mit ihm, den er gern mitnehmen möchte, Dr. Seipel.

Wien, 2. Juni. Unausgesetzt führen vor dem Krankenhaus, in dem Dr. Seipel liegt, die fremden Gesandten vor, um sich in eine Liste einzutragen. Auch zahlreiche Blumenbänder treffen ein. Niemand wird jedoch zum Kanzler gelassen, da die Ärzte nicht verheimlichen, daß wegen der verhältnismäßig stark fortgeschrittenen Sufferkrankheit der Zustand des Patienten als ernst bezeichnet werden muß. Die einzige Unterredung, die Dr. Seipel hatte, fand mit dem General-Kommissar des Böhmerlandes Dr. Zimmermann statt, dem er seine Wünsche äußerte, auf Grund deren Dr. Zimmermann Stellungvertretern gegenüber erklärte, er werde, falls der Kanzler an der Reise zur Böhmerlands-

Tagung verbindlich sein sollte, dort den Standpunkt Dr. Seipel zur genauen Kenntnis bringen und unterstützen. Soweit ihm dies nach seinen Anschauungen möglich ist.

Ein Telegramm des Reichlichen Regierung.

Ministerpräsident Heide hat an das Bundeskanzleramt in Wien das nachstehende Telegramm gerichtet: Tieferschütterter von der Nachricht über das auf den Reichlichen Regierung ihren Wächern über das kühnste Verbrechen und ihre würdevolle Anteilnahme für das Ergehen des obersten Beamten des Österreichischen Staates aus. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das wertvolle Leben des Kanzlers dem Staate erhalten bleiben und er zum Wohle des Brudervolkes in seiner Gesundheit bald wiederhergestellt sein möge.

Auch Reichskanzler Dr. März hat Dr. Seipel das Beileid der Reichsregierung telegraphisch ausgesprochen.

Steigerung der Reichseinnahmen. Die Reichseinnahmen im Monat Mai zeigen, wie wir erfahren, eine relative Steigerung von ungefähr 8 Prozent über die Einnahmen des Monats April. Die Handelsbilanz ist dagegen auch im Monat Mai wieder passiv geblieben.

Der Aufbruch auf den Präsidenten Milerand hat sich in den letzten Tagen immer mehr verwickelt und es ist nicht abzusehen, wie die Krise sich lösen wird, nachdem der Block der Linken in einem einstimmig angenommenen Beschluß offiziell den Austritt Milerands verlangt hat, während Milerand selbst sich energisch gegen eine Demission sträubt. Daß er das formale Recht auf seiner Seite hat, ist bisher nicht widerlegt worden; der Block der Linken hat allerdings die Logik für sich, denn es nicht zu leugnen, daß der französische Präsident mehrfach zu Gunsten des nationalen Blocks von Poincaré Partei ergriffen hat. In sich wäre es verständlich, wenn man in Deutschland über diese großen inneren Schwierigkeiten in Frankreich einige Schadenfreude empfindet. Aber nüchternes Ueberlegung muß uns sagen, daß, je länger sich die Krise in Paris hinschleppt, desto unangenehmere Wirkungen aus der gleichzeitigen Verschleppung der Reparationsangelegenheit für Deutschland sich ergeben. Darum müßten auch wir wünschen, daß die Lage in Frankreich sich möglichst rasch vollständig klärt.

Attentatsprozeß General v. Seekt.

General von Seekt als Zeuge.

Am Beginn der Sonnabendverhandlung gab Justizrat Sahm eine Erklärung ab, die sich auf die Freitagabendfrage des Zeugen Teitenborn bezog. Der Verteidiger erklärt, daß Baron v. Huffsch und Oberst Seiber niemals bei Justizrat Claß gewesen seien. Auch Graf Reventlow bestritt, daß er eine Beeinflussung des Zeugen Teitenborn versucht habe. Herr v. Teitenborn gab hierzu an, daß er bei seinen Behauptungen bezüglich des Grafen Reventlow bleibe. Bezüglich des Barons Huffsch und Oberst Seiber schränkte er seine Aussage dahin ein, daß Herr v. Huffsch am 25. September, Seiber am 2. November in Berlin und im Alldeutschen Verband gewesen seien.

Generalstaatsanwalt Lindow beantragte daraufhin die Ladung des Grafen Reventlow zur Prüfung der Glaubwürdigkeit Teitenborns. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, Reventlow zu vernehmen, der für Montag geladen wird.

Darauf erfolgte die Vernehmung des Zeugen Hans Trepte, des früheren Privatsekretärs Gilberts. Er erzählte, so sagt der Zeuge aus, zehn Tage vor der Verhaftung Thormanns von dem Attentat durch das Diktat einer Kartotheknotiz für den Reichskommissar. Gilbert erklärte, daß Thormann bereits 4000 Dollar bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei hinterlegt hatte.

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad. Autografische Uebersetzung von Gertrud Bauer. (18. Fortsetzung.)

„Glauben Sie wirklich, es sei ein Dieb gewesen?“ „Dahon bin ich überzeugt. Wer sollte es denn sonst gewesen sein?“

„Nein, nein,“ flüsterte der Leutnant. „Stellst du haben Sie recht. Haben Sie mit Fräulein Luise davon geredet?“

„Mit meiner Nichte?“ fragte der General verächtlich. „Ich meine, es sei nicht der Mühe wert, sie mit dieser Geschichte in Unruhe zu versetzen,“ erwiderte der Leutnant. „Die Sache ist ja eigentlich harmlos. Aber junge Damen erschrecken gar zu leicht.“

„Dann halten wir den Mund,“ meinte der General. „Sie haben übrigens recht; ich danke Ihnen für Ihre Fürsorge.“

Er klopfte den jungen Mann mit pfiffigem Wächeln auf die Wästel und fragte: „Herr Leutnant, ist noch keine Veränderung eingetreten?“

„Worin, Herr General?“

„Sieht Sie meine Nichte noch nicht mit milderen Augen an?“

„Das hat sie jederzeit getan, Herr General. In ferneren Schirmhüten haben nichts zu bedeuten. Es sind keine Krallen in den Pfötchen, aber die Nase ist elektrisch.“

„Na, zum Henker, dann meine ich, mit anderen Augen.“

Der Leutnant begann zu lachen. „Nein, ich glaube nicht,“ sagte er. „Wenigstens noch nicht.“

Der General schüttelte argwöhnlich den Kopf. „Sie hat ihren eigenen Kopf, die Kleine Spielzeuge,“ sagte er. „Sie weiß recht gut, was ich von ihr erwarte, aber sie tut, als ob sie nichts merke. Nichts wäre mir lieber, als wenn wir an Weihnachten ein gelbes Ereignis feiern könnten. Sie verstehen doch, was ich meine. Rosenkrantz?“

„Selbstverständlich, Rosenkrantz!“ gab der General

antwort, daß er sich nicht vorstellen konnte, daß er eine solche französische Gruppe, die an Seekt Interesse hat, kenne. In der Nacht vor der Festnahme Thormanns kamen Oberregierungsrat Wähleisen, Gilbert, Teitenborn, Wey und Kops in meine Wohnung, um eine Besprechung abzuhalten. Nach der Festnahme Thormanns saß ich mit dem Oberst: Der große Schlag ist gefallen. Meine Empfindung war, jetzt haben wir eine gewisse Handhabung, weil ich nicht an die Ernsthaftigkeit des Attentats glaubte. Kurz nach 10 Uhr tritt

General von Seekt

vor den Gerichtshof. Groß, schlank, das Monatel im Auge der gemittelten Kopf mit den ausgeprägten und doch gütigen Zügen, bleibt unbeweglich. Ganz ruhig, unverkündet, wirkt die Aussage. Kein Wort zu viel, ein Schweizer. Manchmal ein kurzes Stöhnen, das den knappten, genauesten Ausdruck sucht. Nichts, was auch nur entfernt an den militärischen Kommandanten erinnert. Ob er an den Ernst des Attentats geglaubt habe? Das sei schwer zu sagen, aber „der Plan hat die einzige Möglichkeit meines Lebens herausgegriffen“. Dann die mit Spannung erwarteten Aussagen über seine Beziehungen zu Claß. Was er sagt, charakterisiert beide. In zwei Sätzen zeichnet er das Bild seiner politischen Phantasien, die unser Unglück sind: „Einer der vielen Leute, deren politisches Denken und Wollen sich dahin zusammenfaßt: es muß irgendetwas geschehen! — ohne sich zu überlegen, welcher Weg zu gehen ist. Dann suchen sich diese Leute einen General, der ihnen genug ist, auf sie hereinzufallen.“ Dreimal hat er Claß gesprochen. Seekt schiedert kurz die letzte Unterredung. Claß war ziemlich aufgeregt. „Er suchte mich zur Handlung zu bringen. Ich ließ keinen Zweifel daran, daß ich als Vertreter der stärksten Waffe, die der Staat hat, gegen jeden Umsturz die Waffe des Staates einlegen würde.“

Ein paar kurze Fragen der Verteidiger — die Vernehmung des Generals ist beendet. Sie hat nur wenige Minuten gedauert.

Claß tritt vor. Aufgeregt beneuert er, daß er sich die Aufregtheit seit 15 Jahren abgewöhnt hat, sonst läge er im Irrenhaus. Seekts Schilderung stimmt mit der Wahrheit nicht überein. Auf die einfache Klarheit der vorigen Aussage folgt jetzt bombastische Verworrenheit. „Wenn ich jetzt schäme offenbaren wollte“ — „Ich bin groß geworden in der besten Ueberlieferung der deutschen Geschichte“ — „Ich war überzeugt, daß Deutschland nur zu retten ist durch die vaterländische Bewegung und die Armee“ — „Das rührt an das Letzte der politischen Grundinstellung“ — „Als Christ und Mann war ich dazu verpflichtet.“ In solchen Phrasen und Schablonen fließt stöckend seine Aussage dahin. Manchmal droht er einen einflüchtigen Vortrag an. Seekts Schilderung der Unterredung also sei unwahr. Es folgt eine Variation dessen, was in München als Hofkondom, „legaler Staatsverrat“ berühmt geworden ist. Nie habe er an Umsturz gedacht. Am 24. September 1923 wollte er von dem Chef der Heeresleitung bloß wissen, wie sich die Reichswehr in einem bestimmten Fall benehmen würde. Butschgerichte Resen um General v. Seekt nannte ihm damals fünf Namen Verdächtiger die der General als Verbrecher bezeichnete. Der nach Claß' Auffassung Gefährlichste blieb unerwähnt. Die Namen nennt der Zeuge nicht und kein Prozeßbeteiligter ist so neugierig, ihn darum zu erfragen. Alles sollte legal vor sich gehen, und der Justizrat entwickelt den staatsrechtlichen Unflut, daß Seekt als Inhaber der vollziehenden Gewalt über er damals gar nicht war) die Befugnis hatte, die Regierung zu entlassen und den Reichstag aufzulösen. Das ist

„In diesem Fall kommt es wesentlich darauf an, was Fräulein Luise meint.“

Der General schlug mit der Faust auf den Stuhl. „Wenn Sie es wagen sollte, an irgendeinen lebenden Zivilisten zu denken!“ rief er. „Aber das glaube ich doch nicht. Jedenfalls habe ich noch kein Anzeichen bemerkt, was?“

„Das glaube ich auch nicht, Herr General.“ Auf der Treppe liegen sich Schritte vernehmen. Es mußten mehrere Menschen sein, die da kamen.

Bierzehntes Kapitel.

Der Gast.

Zwei waren es, die kamen, Hans Christian der Ältere und Hans Christian der Jüngere. Der Junge brachte einen Korb voll Brennholz. Der alte Hans Christian schlug die Haken zusammen und grüßte; der Junge warf das Brennholz mit Getrach neben den Kamin, dann grüßte auch er.

„Schön, schön,“ sagte der General. „Ist euch, daß es hier warm wird. Hier ist es ja hundehalt.“

„Haben Sie gut geschlafen?“ fragte der Leutnant Hans Christian.

„Wie ein Stein, Herr Leutnant. Aber ich habe auch in den letzten Nächten kein Auge zugemacht.“

Der Leutnant öffnete das Fenster; die frische Morgenluft strömte herein, daß die Vorhänge wehten.

Mit einem: „Auf Wiedersehen beim Frühstück!“ verließ der General das Zimmer, und der Leutnant ging in sein Schlafgemach, um sich anzufleiden.

Der Vormittag verlief ruhig und friedlich, und da Fräulein Luise beständig in der Nähe war, unterliegen es der General und Rosenkrantz, von den Ereignissen der Nacht zu reden. Dagegen begann der Leutnant mit einem neuen Gegenstand. Er sagte:

„Es ist mir noch so lange Zeit wieder in mein Heimatland zurückzukehren, ist es wohl begründet, daß einer von der andere meiner alten Freunde den Wunsch hegt, mich wiederzusehen. Ich bitte deshalb um die Erlaubnis, einen davon für ein paar Tage hierher einzuladen.“

„Selbstverständlich, Rosenkrantz!“ gab der General

„die achte Witzfigur“, die Herr Claß erzwang. Er bildet mit seinen Worten einen politischen General, das den er beziehungsweise mit dem militärischen Generalstab des alten Heeres bezeichnet. Man kann sich ungefähr denken, wie sich der Aufmarsch in der ersten Augustwoche 1914 ballungen hätte, könnte dieser Vergleich mit der Wirklichkeit überein.

Zwei, drei Sätze, die Seekt dann noch spricht, werfen das ganze Gedächtnis um, das Herr Claß zu errichten strebt: „Was der Herr Justizrat mir entwickelt, war nur durch Verfassungsverstoß und Gewalt zu erreichen. Wenn der Umsturz nicht kam, sollte der Umsturz kommen.“

Claß verlangt in seiner Hilflosigkeit den Ausschluß der Öffentlichkeit, worauf das Gericht natürlich nicht eintrifft. Er kommt mit verstellten Drohungen: Er wisse, was alles bei Seekt war, was man ihm vorgelegt, was Seekt geantwortet habe.

Es kommt für den Herrn Justizrat aber noch unangenehmer. Der Generalstaatsanwalt bringt die bei Claß beschlagnahmten Briefschaften zur Verlesung. Die Verteidigung protestiert. Mit Paragraphen Wit der Ankündigung sie werde jede Frage des Staatsanwalts beanstanden. Die Briefe werden also nicht vorgelesen, werden nur vorgehalten. Die Dokumente sind höchst interessant. Stück für Stück. Der Briefschreiber Claß unterzeichnet sich merklich von dem Zeugen Claß. Am 7. Januar 1924 sagt er in einem Brief: „Das Mädel Seekt ist gelöst. Er ist der Schildhalter für und über Ebert. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Befestigung der heutigen unhaltbaren Zustände verhindert.“ Er hat sich durch sein unbedingtes Bekenntnis zur Legalität sein Urteil gesprochen.

Und acht Tage später legt Brandel ohne jeden Zwang das Verhör ab, daß ihm sein Freund Justizrat Claß zur Ermordung des Generals angetrieben hat. Man greift, weshalb die Verlesung die Verlesung dieser Dokumente mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Herr Claß sprach das Wort: „Wenn ich jetzt schäme offenbaren wollte.“ Er hat jetzt schäme offenbart. Ein sehr interessantes Kapitel, in dem nicht nur über Thormann und Brandel das Urteil gesprochen wird.

Sitzung vom 2. Juni.

Der Zeuge Oberregierungsrat Wähleisen erklärte, nach seiner Meinung sei der Nordplan nicht von der Deutschvölkischen Freiheitspartei ausgegangen. Die vaterländischen Verbände, die sozusagen Konkurrenzunternehmen der Deutschvölkischen Freiheitspartei seien, hätten die Hoffnung gehabt, die Aufrichtung einer nationalen Diktatur mit Hilfe des Senates und der Reichswehr durchzuführen. Da ihre Hoffnungen fehlergeschlagen seien, sei die Befestigung des Generals in der Forstgrund getreten. So sei er von der Ernsthaftigkeit des geplanten Attentats überzeugt worden.

Der ebenfalls als Zeuge vernommene Oberregierungsrat Weiß von der Berliner politischen Polizei befandete, nach seiner Ansicht sei die Ernsthaftigkeit des Attentats lächerlich. Würde die politische Polizei ihre Archive öffnen, so würde die Welt von Hunderten von geplanten Verbrechen erfahren, niemals ausgeführt worden seien. Die deutschvölkischen Fänglinge sprächen ja oft von Nord, seien aber im allgemeinen ungefährlich. Ernsthaft könne jedoch die Sache werden, wenn ihnen einmal von amtlicher Stelle aus eine Waffe in die Hand gedrückt würde. (Diese Worte beziehen sich darauf, daß Oberregierungsrat Wähleisen zugegeben hatte, Köpfe eine Reitjose und eine Waffe geborgt zu haben.)

Nach der Vernehmung des Majors a. D. Wehler befragte sich auf die Frage der Vernehmung der Hauptbelastungszeugen und des Justizrates Claß besetzt, hat sich die Beweisaufnahme erledigt. Die Verhandlung wurde auf Dienstag vormittag vertagt; da sollen die Plädoyers gehalten werden.

zur Antwort. „Ich habe Ihnen ja schon vor der Abreise in Paris gesagt, daß Sie dies tun sollten. Betrachten Sie dieses Haus ganz als Ihr Eigentum.“

„Ich habe auch bereits den jungen Hans Christian mit einem Telegramm fortgeschickt,“ erwiderte der Leutnant. „Ich darf wohl sagen, daß der Betreffende mein bester Freund ist.“

„Wie heißt er denn?“ fragte Luise neugierig. „Sturm, Kai Sturm heißt er.“

„Leutnant?“ fragte der General. „Nein.“

„So dann ist er vielleicht bereits Hauptmann?“

„Nein, Herr General.“

„Was zum Henker kann er denn sonst sein?“

„Ja,“ erwiderte der Leutnant, indem er aufmerksam seine Stiefelstippe betrachtete. „Er ist Zivilist.“

Der General lachte gemächlich und klopfte seinen jungen Freund auf die Wästel.

„Na, wenn es nicht anders sein kann, dann nehmen wir auch einen Zivilisten.“

„Aber das ist doch kein Verur!“ rief Fräulein Luise. „Womit beschäftigt er sich denn? Ist er Arzt, Geschäftsmann, Ingenieur?“

Diesmal betrachtete der Leutnant nicht seine Stiefelstippe, diesmal war seine Aufmerksamkeit von der Zimmerdecke — einer glatten, gewebten Decke ohne jeden Bierat — stark gefesselt.

„Er ist Kandidat,“ sagte er. Fräulein Luise lachte, ein sehr neckisches Lachen. „Und wie alt ist der Herr Kandidat?“

„Er ist fünfundsiebzig.“

„Und sonst tut er weiter nichts, als daß er Kandidat und fünfundsiebzig ist?“

„Durchaus nichts anders Hingebendes,“ behauptete der Leutnant mit unerwarteter Bestimmtheit. „Dann kann ich es wohl beurteilen, daß er Ihr guter Freund ist.“ antwortete Fräulein Luise und drückte ihm neckisch mit dem Finger. „Sie sind auch fünfundsiebzig, wehrpflichtiger Leutnant und tun sonst nichts. Ja es ist wahr, Sie sind außerdem noch Baron, das nimmt auch einen Teil Ihrer Zeit in Anspruch.“

(Fortsetzung folgt.)

Von Stadt und Land.

Kau, 8. Juni.

Gesamtvorstandesitzung der Ortskrankenkassen im Bezirk Schwarzenberg.

Der Gesamtvorstand des 16 Ortskrankenkassen mit rund 45 000 Mitglieder umfassenden Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Sitz Kau, hielt am Stammtischabend, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus Löbnitz seine diesjährige Sitzung ab. Als Delegierte waren erschienen 12 Arbeitgeber- und 32 Versicherungs-Vorstandsmitglieder. Verbandsvorsitzender Kaufmann Alfred Frißsche. Uue erstattete den Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1923. Er erwähnte, daß die Krankenkassen über die schweren finanziellen Räte des Vorjahres in der Hauptsache nur dadurch hinweggekommen seien, daß sie sich, obwohl sie der Gesetzgeber vielfach im Stich gelassen habe, immer rechtzeitig an die jeweiligen Verhältnisse anpassen konnten hätten. Dadurch habe die Selbstverwaltung der Krankenkassen eine schwere Belastungsprobe bestanden. Auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 hätten, weil ihre Mitgliederzahl unter 1000 betrug, ab 1. Dezember 1923 die besondere Ortskrankenkasse der Tischler in Johanneisgeorgenstadt mit der dortigen Allgemeinen Ortskrankenkasse und am 1. Januar 1924 die Ortskrankenkassen Schörlau und Breitenbrunn mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen Kau bzw. Schwarzenberg vereinigt werden müssen. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes sei im Vorjahr wieder ein umfangreiches gewesen und es könne festgestellt werden, daß die Krankenkassen daraus Nutzen gehabt hätten. Anschließend an diesen Bericht kam die den Ortskrankenkassen durch die in letzter Zeit zu Tage getretenen Bestrebungen auf Errichtung von Vertriebskrankenkassen drohende Gefahr zur Sprache. Des weiteren wurde eine Gefahr darin erkannt, daß von Angehörigen der Erbschaften die Gründung von berufständischen Krankenkassen angestrebt wird, was eine weitere Zersplitterung im Krankenversicherungswesen zur Folge haben würde. Dann berichtete Verbandsdirektor Reiffner über das Verhältnis zu Kassenärzten, Zahnärzten, Zahnchirurgen, Apothekern und Optikern. Alle vom geschäftsführenden Vorstand in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen wurden einstimmig aufgeführt. Bei der Aussprache über die Vergütung wurde beurteilt, daß der preussische Volkswohlfahrtsminister ohne Gehör der Krankenkassen ab 1. Mai 1924 die Sätze der preussischen Gebührenordnung um 33% Prozent erhöht hat. Dazu lag ihm so wenig Veranlassung vor, als die Einkünfte eines aufbeschäftigten Arztes schon vorher den Verhältnissen entsprechend recht hohe gewesen sind. Für den Fall, daß die schärfste Regierung die fragliche Erhöhung auch in Sachsen wirksam werden läßt, entsteht den Krankenkassen eine größere Belastung, die vielfach zu einer Beitragserhöhung werden müßte. Hierauf wurde nachträglich die Einhebung der Beitragszuschüsse für 1923 genehmigt und die vorgetragene Nachrechnung des Verbandes einschließlich des Genußgeldes des Reichshammer auf Antrag des Mitgliedes des Rechnungsprüfungsausschusses Hermann Sieber-Schneeberg einstimmig richtig gesprochen und dem Vorstand die Verwaltungsentlastung erteilt. Das buchmäßige Gesamtvermögen des Verbandes einschließlich des Genußgeldes des Reichshammer betrug nach der Umstellung auf Goldmark am 31. Dezember 1923 88 967,21 Goldmark. Das Grundvermögen und die Einrichtungsgegenstände sind neu geschätzt worden. Der Voranschlag des Verbandes für das Geschäftsjahr 1924, vorwiegend des Genußgeldes des Reichshammer an Einkünfte und Ausgabe 25 610 Goldmark vorsteht, wurde ebenfalls einstimmig genehmigt. Abwam wurde den vom geschäftsführenden Vorstand auf Anregung des Bezirkswohlfahrtsamtes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg aufgestellten Richtlinien wegen der Gewährung von Beihilfen zur Unterbringung von Kindern in Erholungsheimen sowie der Gewährung von Beihilfen der Krankenkassen für die Aufgaben der Wohlfahrtspflege zugestimmt. Es wurde für das Jahr 1924 ein Mindestbeitrag von 3 Goldmark pro Mitglied festgelegt, den die Krankenkassen für die Wohlfahrtspflege zur Verfügung stellen sollen.

Weiter erstattete Vorsitzender Frißsche eingehenden Bericht über die Entwicklung des Genußgeldes des Reichshammer im letzten Jahre. Es sei trotz großer finanzieller Schwierigkeiten möglich gewesen, den Betrieb bis zum 20. Oktober 1923 aufrecht zu erhalten. Im Jahre 1923 seien im Heim 348 Pflegelinge mit 8888 Verpflegtagen untergebracht und nach dem Berichte des Heimarztes wieder recht günstige Erfolge erzielt worden. Das Heim sei wieder seit 20. März d. J. in Betrieb genommen worden, die vorhandenen 35 Betten seien voll belegt. Der geschäftsführende Vorstand wurde mit der weiteren Ausgestaltung des Heims und den sonst notwendig machenden Anschaffungen beauftragt. Beachtet ist die Anschaffung weiterer Liegestühle, der Bau von Lauben, die Regelung der Wasserleitungsfrage, Halbaufforstung usw. Zur Bestreitung der dazu erforderlichen Mittel wird einstimmig zu dem bereits für das 1. Halbjahr 1924 eingehobenen Sonderbeitrag von 10 Pfennigen für das Mitglied zugestimmt und für das 2. Halbjahr 1924 eine gleiche Summe bewilligt. Als nächster Versammlungsort wurde Oranienhain gewählt.

Zur Reform der Geschäftsaufsicht. Wie wir erfahren, ist am Sonnabend vom preussischen Staatsministerium der Antrag an die Reichsregierung abgegangen, nach beschleunigter Aufhebung der Verordnung betreffend die Geschäftsaufsicht über zahlungsunfähige Firmen. In Berlin hat die letzte Woche zwei Konturse gebracht, dagegen wurde in 18 Fällen die Geschäftsaufsicht verhängt.

Blitztelegramme. Vom 1. Juni an werden im inneren deutschen Verkehr verschwiebene „Blitztelegramme“ auszusenden. Das sind Telegramme, die mit jeder möglichen Beschleunigung, auch durch Kurzwörter, besorgt und dem Empfänger durch Fernsprecher zugestellt werden. Sie gehen den „Normalen“ vor allen Privattelegrammen. Die bisherige Bezeichnung „Blitztelegramme“ ist weggefallen. Blitztelegramme müssen in offener deutscher Sprache abgefaßt sein und sollen nicht mehr als etwa dreißig Langzeilen enthalten. Sie können sowohl durch Fernsprecher als auch am Schalter der Hauptpostanstalt jedes Ortes, in Orten mit Telegrafendienst nur beim Telegrafistenamt, verkündigt von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags aufgegeben werden; sie sind dabei vom Aufgeber als Blitztelegramme ausdrücklich zu

bezeichnen. Die Gebühr beträgt das Fünffache des Wertes eines gewöhnlichen Ferntelegramms. Weitere Aufklärung wird auf Wunsch an den Telegrammannahmestellen der Postanstalten erteilt.

Geprägte Münzen. Zurzeit sind für 84 Millionen Mark Rentenpennige geprägt und in Umlauf gesetzt. Die Ausprägung von Silbermünzen belaufen sich auf 84 Millionen Mark. Die genannten Münzen sind Staatsgeld und nicht etwa Reichsbank- oder Rentbankgeld.

Notgeldempfehlung. Tausendmarktscheine. In den letzten Tagen erschienen in Tageszeitungen Anzeigen, wonach sich ein J. Piehler in Berlin-Schöneberg anbietet, gegen Einzahlung von 1,10 Rentenmarktscheine darüber zu entscheiden, was solche Scheine heute wert sind. Viele Personen werden beim Lesen einer solchen Anzeige nun meinen, daß es sich darum handelt, wie man aus solchen Scheinen heute noch etwas retten- oder gar gewinnen kann. Doch weit gefehlt. Wie das Politbureau Kau durch Vermittlung des Postpräsidenten Berlin festgestellt hat, bringen an Leute, die sich mit Anfragen an obige Adresse gewendet haben, ein Kellner und ein Kaufmann in Berlin ein Schriftstück zur Verleumdung, aus dem sich ergibt, daß die besagten Tausendmarktscheine — nichts wert sind. Nachtragende Personen werden mithin enttäuscht sein, wenn sie einen erschöpften Fingerring, solche Tausendmarktscheine günstig zu erwerben, nicht erhalten und noch dazu einen Geldbetrag geopfert haben. Wenn in diesen Fällen auch ein Betrag noch nicht festgestellt worden ist, so dürfte doch Personen, denen auf eine Anfrage irgendwelche Mittelungen gemacht worden sind, die auf betrügerisch-Verkaufshandlungen hinauslaufen, zu raten sein, die Fälle bezüglicher Angelegenheiten.

Jahresplan der Kraftpost Kau-Schwarzenberg-Oranienhain ab 1. Juni.

	Vormitt.		Nachmittags	
	W	F	W	F
Ab Schwarzenberg Bahnhof	7.15	3.05	5.40	9.30
„ „ „ Besterm. Gassenfeld	7.20	3.10	5.45	9.35
„ „ „ Betsersfeld Gassenfeld	7.25	3.15	5.50	9.40
„ „ „ Postamt	7.30	3.20	5.55	9.45
„ „ „ Galt. Albert-Turm	7.32	3.22	5.57	9.47
„ „ „ Ergeb. Hof	7.35	3.25	6.00	9.50
„ „ „ Bahnhof	7.38	3.28	—	9.53
an Oranienhain Höhe	7.45	3.35	—	10.00
an Oranienhain Postamt	7.50	—	—	—
	Vormitt.		Nachmittags	
	W	F	W	F
Ab Oranienhain Postamt	10.00	—	—	—
ab Oranienhain Höhe	10.05	3.40	—	10.05
„ „ „ Betsersfeld	10.10	3.45	—	10.10
„ „ „ Galt. Ergeb. Hof	10.13	3.48	6.00	10.14
„ „ „ Albert-Turm	10.16	3.52	6.03	10.18
„ „ „ Postamt	10.20	3.58	6.10	10.20
„ „ „ Gassenfeld	10.25	4.02	6.15	10.25
„ „ „ Schwarzenberg Besterm. Gassenfeld	10.30	4.07	6.20	10.30
an „ „ „ Bahnhof	10.35	4.10	6.25	10.35

Ab Schwarzenberg Bahnhof nachm. 3.00, ab Schwarzenberg Postamt 3.02, ab Schwarzenberg Markt 3.05, ab Oranienhain Galt. 3.15, ab Oranienhain Postamt 3.23, ab Oranienhain Galt. 3.28, ab Oranienhain Postamt 3.36, ab Oranienhain Galt. 3.40.
Ab Oranienhain Postamt nachmittags 5.00, an Oranienhain 5.35.
W = nur Werktags, F = nur Sonn- und Feiertags.
Auf der Linie werden auch Güter befördert zu folgenden Gebühren: bis 10 kg 3 Pf., über 10 bis 20 kg 8 Pf., über 20 bis 50 kg 12 Pf. für 1 km, mindestens 30 Pf. für jedes Stk.
Weitere Auskunft erteilen die Kurspostanstalten.

Die Lage im Lugaun-Deisnitzer Kohlenrevier. Da die Bergleute die Arbeit im Ruhrgebiet bereits wieder aufgenommen haben, glaubt man auch in maßgebenden Kreisen, daß im gesamten Lugaun-Deisnitzer Kohlenrevier die Ausbesserung der Bergarbeiter schnellstens beendet wird. Ohne Zweifel wird aber hier nach Beendigung des Streikes ein starker Arbeitermangel im Bergbau eintreten. Hunderte von jungen Bergarbeitern haben bereits im Baujahr und der Industrie löbende Beschäftigung gefunden und weitere Hunderte von alten Bergarbeitern lassen sich pensionieren.

Der Landesverband sächsischer Lebensmittelhändler hielt in Dresden seinen Verbandstag ab. Auch in dieser Tagung kam das Bestreben zum Ausdruck, die noch fernstehenden Ortsgruppen der Lebensmittelhändler Sachsens zu einer einheitlichen Wirtschaftsgruppe zusammenzuführen, um so seine beherrschende Lage zu sichern. Der Verband protestiert gegen die einseitige Befreiung der Konsumvereine und Genossenschaften von der Gewerbesteuer und Aufhebung der Kreditbegrenzung von den Regierungen oder fordert unbedingt gleiches Recht für alle Handels- und Gewerbetreibenden. Der Verband fordert, daß der Handel in Fabriken, Bureaus und Behörden in der bisher begünstigten Weise bezogen oder nur gegen Gewerbesteuer gestattet wird. Die Verbände einigen sich dahin, die bisherige Parteipolitik vollständig beiseite zu lassen und eine einheitliche Wirtschaftspolitik für Handel und Gewerbe in Sachsen bzw. im gesamten Deutschen Reich zu betreiben.

Humor bei der Steuerbehörde. Die zahlreichen, bei den Finanzämtern eingehenden Stundungsanträge haben mitunter einen recht originellen Inhalt. So erhielt ein Finanzamt ein derartiges Gesuch mit folgendem Text: „Dabe 7 Kinder zu ernähren und die Räder sollen nichts 35 Pfg. a Pfund 85 Pfund schwer.“

Chemie. Eine Verurteilung. Annehmbar aus Verurteilung infolge längerer Krankheit hat am Montag vormittags der in dem Hause Körnerstraße 26 wohnhafte 88 Jahre alte Rangierer Paul Richard Böschmann seine beiden Kinder im Alter von 1 und 4 Jahren an den Bettpfosten aufgehängt und sich dann auf die gleiche Weise getötet. Freiberg. Kommunist und Wählerbestreuer. Zur Verhaftung des Kommunistenführers Borowatz erfahren die L. R. N. noch, daß Borowatz ein Mann Ende der 40er Jahre, bei Rastau i. G. nicht nur eine, sondern zwei Weibchen besitzt. Er ist Deutsch-Pole, mit nur ganz mangelhaften Sprachkenntnissen und seit der Revolution der Führer der kommunistischen Demonstration im oberen Erzgebirge. Er ist jahrelang durch Beschlagnahme des Weibervaus der dortigen Segend im Besitz des Automobils (mit Wägenzeichen) der ehemaligen Prinzessin Waldwilde von Schloß Rebersdorf her gewesen, das er auch bei Aufhängen usw. fuhr. Seit dem Tag des Eingreifens der Reichswehr in Freiberg ist er, nachdem er die Organisation des Auftrubs durchgeführt hatte, per Rad in der Richtung Tharandt-Dresden verfahren.

den. Man sagt, da es mindestens polnisch spricht, russisch nur gebrochen, er sei in der Zwischenzeit in Russland gewesen. Sein jetziges Wohnort ist in Dresden (seine Wohnbewirtschaftet er seit dem Freiburger Vorkommnis nicht mehr) beweist seine der Kommunisten mit russischer Unterstützung im Erzgebirge.

Neues aus aller Welt.

Schwere Justizstrafen für Landesverrat. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau verurteilte den Volksschullehrer und früheren Amtsvorsteher Josef Nibel aus Rantowitz bei Trautenberg, ferner den Volksschullehrer Josef Kralowitz aus Bowitz zu je sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, ferner den Dekorationsmaler Wilhelm Krügel zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, den Gastwirt Heyde, ebenfalls aus Bowitz, zu einem Jahr Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen verübten Landesverrats. Den Beschuldigten war bekannt, daß in ihrer Heimat Waffen aufbewahrt wurden, die von dem früheren Grenzschutz herrührten und dazu dienen sollten, die Deutschen vor einem Einfall der Polen zu schützen. Die Angeklagten hatten den Verstoß gemacht, diese Waffen den Polen in die Hände zu spielen. Durch den Verkauf der Waffen hatten sie mit einem erheblichen Gewinn gerechnet. Ihre Wut konnte noch rechtzeitig vereitelt werden.

Massenepidemie. In der Gemeinde Rajos-Wilke bei Rudolstadt ereignete sich am Donnerstag bei der Wochenmesse ein schwerer Unfall. Als die Glocke emporgehoben wurde, entstand unter den zahlreichen Kirchenbesuchern der Eindruck, als drohe die Glocke herabzufallen. Die Menge versuchte, die Kirche durch einen Seitenausgang Hals über Kopf zu verlassen. In dem Gedränge wurden 3 Personen getötet und viele andere verletzt.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Schwere Geburt der Reichsregierung. Berlin, 2. Juni. Die aus parlamentarischen Kreisen verläutet, erklärte sich die deutsche nationale Fraktion mit den Verhandlungen ihrer Unterhändler mit dem Reichskanzler einverstanden und beauftragte sie, diese Verhandlungen fortzusetzen. Die Unterhändler haben aber nicht das Recht, ein endgültiges Übereinkommen selbständig zu treffen. Wie weiter verläutet, sind die Mittelparteien der Ansicht, daß die Erklärungen der Deutschnationalen bezüglich der Außenpolitik noch zu unbestimmt sind. Sie haben daher von den Deutschnationalen eine ganz klare Erklärung zur Außenpolitik verlangt, deren Ueberreichung von den Mittelparteien bis Dienstag vormittags 11 Uhr erwartet wird, da sie eine weitere Verzögerung der Regierungsbildung nicht mehr für möglich halten.

Berlin, 8. Juni. Auch die gestrigen Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern, die bis in die späten Abendstunden gedauert haben, haben zu keiner Klärung der parlamentarischen Lage geführt. Eine Sitzung über die Frage der Befragung des Außenministerpostens und die Frage der Regierungskoalition in Preußen ist zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien noch nicht erzielt worden. Im übrigen haben bei den gestrigen Besprechungen mit dem Reichskanzler die Vertreter der Mittelparteien übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß nun endlich mit den fortwährenden Verhandlungen Schluß gemacht werden muß.

Berlin, 2. Juni. Reichskanzler Dr. Marx verhandelte nach der Plenarsitzung des Reichstages mit den Vertretern der Deutschnationalen und berief später die Vertreter der Mittelparteien zu sich. Fast sämtliche bürgerliche Fraktionen haben für heute abend noch Sitzungen anberaumt. In der Besprechung des Reichskanzlers in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Graf Ranitz mit den Deutschnationalen Herzog, Graf Westarp und Schiele dürfte, wie in parlamentarischen Kreisen verläutet nach der Personenfrage wieder die Zusammenfassung der preussischen Regierung behandelt worden sein. Dabei habe der Reichskanzler wieder betont, daß er eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten des preussischen Staates ablehne.

Zur Beamtenbefragung. Berlin, 8. Juni. Wie der „Vollanzeiger“ meldet, hat die Zentrumspartei des Reichstages den Antrag eingebracht, daß das Befragungsgesetz dahin ergänzt werden soll, daß bei den unteren und mittleren Befragungsgruppen eine weitere Verbesserung der Gesamtbesätze alsbald eintritt.

Reichsgouverneur für Sachsen und Thüringen? Weimar, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages antwortete der Innenminister Dr. Sattler auf eine Anfrage des Abg. Brill (Sax.), die Regierung sei seit Mitte März darüber unterrichtet, daß die Staatsregierung eines anderen deutschen Landes an die Reichsregierung mit dem Ersuchen herangetreten ist, eine Klärung darüber herbeizuführen, ob beabsichtigt sei, einen Reichsgouverneur für Sachsen und Thüringen zu bestellen.

SONDER-ANGEBOT

SCHUHWAREN

Dam.-Schnürhalbschuh schw.m.u. ohne Lack. 6.50
 Dam.-Schnürhalbschuh brund, runde Form 8.50
 Dam.-Spangenschuh br. Rindb. halbh. Absatz 11.50
 Herr.-Schnürstiefel schw. Rindb. boquema-Form 9.25
 Herr.-Schnürstiefel br. Chevreux Derbycut. 12.50
 Herr.-Schnürstiefel br. Rindb. Derbycut 14.50
 Herr.-Schnürhalbschuh schw. halbh. Form 10.50

Pahleder	Uröße 31-33	34-36	37-40
Schnürstiefel	4.25	5.25	5.85

Kaufhaus Schöcken

Die Staatsregierung wolle die Klärung abwarten, bevor sie sich Schritte tue.

Die neuen Handelsstatuten.
Paris, 2. Juni. Der Organisationsausschuss der im Sachverständigenplan vorgesehenen Reichseisenbahngesellschaft hat heute den ersten Teil seiner Arbeiten beendet, nachdem er eine erste Prüfung der deutschseits vorgelegten Entwürfe und Statuten der Reichseisenbahngesellschaft vorgenommen hat. Der Ausschuss hat sich vertanzt um die Ausarbeitung neuer Texte zu ermöglichen unter Berücksichtigung der Feststellung in der ersten Beratung. Der Ausschuss wird am 10. Juni in Berlin zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten.

„Erk Pflücker“ sagt auch Herriot.
Paris, 2. Juni. Der Abg. Herriot hat heute an den Führer der sozialistischen Partei Leon Blum einen Brief gerichtet, in dem er das Programm entwirft, das seine Partei gemeinsam mit der sozialistischen Partei durchzuführen kann und das er der Billigung des geschäftsführenden Ausschusses der radikalen Partei unterbreiten wird. Herriot schreibt mit Bezug auf die Außenpolitik: Wir nehmen ohne jeden Hintergedanken den Bericht der Sachverständigen an. Angesichts des augenblicklichen Zustandes in Deutschland und der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker vor dem offensiven Wiederankommen des nationalsozialistischen Allduutschums zu bewahren, hält es unsere Partei nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die im Sachverständigenplan vorgesehenen Pfänder konstituiert und den internationalen Organisationen übermittleit worden sind, die berufen sind, sie zu verwirklichen. Im Interesse des Friedens glauben wir auch, daß die Kontrolle der Entwaffnung Deutschlands übergeben werden muß.

Deutschland — Spanien.
Berlin, 2. Juni. Zwischen der Reichsregierung und der spanischen Regierung ist durch Notenwechsel ver-

eindart worden, die Gültigkeitdauer des am 31. Mai abgeschlossenen Modus vivendi um einen Monat, d. h. bis zum 30. Juni einschließlich, zu verlängern.

Eine überflüssige Anfrage.
London, 2. Juni. Unterhaus. Viscount Curzon fragte ob MacDonald von Wincaze eine Information über Kriegsvorbereitungen Deutschlands erhalten habe. MacDonald antwortete, die Regierung habe keinerlei Mitteilung erhalten, auf welche genau genommen die Worte der Anfrage zutreffen würden.

Tirpitz und das englische Unterhaus.
London, 2. Juni. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage, ob die Regierung irgendwelche Vorstellungen bei der deutschen Regierung darüber erhoben habe, daß die Ernennung des Admirals Tirpitz zu einem hohen Regierungsbeamten von den Alliierten Able aufgenommen werden würde, erklärte MacDonald, er könne versichern, daß die Regierung nicht verabsäumt habe, das zu tun, was sie in dieser Hinsicht für ihre Pflicht halte.

Das Urteil im Garben-Wortprozeß.
Berlin, 3. Juni. In dem Prozeß wegen des Ueberfalls auf Magmillan Garben wurde gestern der angeklagte Oberleutnant a. D. Kufmann wegen versuchten Mordes zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung
Donnerstag, den 5. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr
in Stadtverordnetenversammlungssaale.
Tagesordnung: 1. Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzers und seiner Stellvertreter. 2. Haushaltsplanberatung.
Verantwortlich für den gedruckten Anzeiger: Paul Seidmann.
Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue

Geschäftswerbung.
Wer sein Haar lieb, sei auf eine Erfindung aufmerksam gemacht, die berufen ist, einen Siegeszug durch die gesamte Kulturwelt anzutreten: Das **Romelia-Shampoo**. Es focht man wie ein Dampfer, dadurch entsteht eine vollständig neuartige Emulsion, die in ungeahnter Weise nicht nur das Haar von allem Schmutz, Schuppen, Schinnen und schädlichem Fett reinigt, sondern selbst das strapaziertste, dünnste Haar wieder kraftvoll, selbstweich, leuchtend, locker macht und jedwede Frisur vollendet ausführen läßt. Wir vertrauen auf den der heutigen Auflage beiliegenden Prospekt.

Für die Feiertags-Bäckerel

Tafelbergkuchen	Pfund-Würfel 82	Amst. kand. Milch	Dose 85
Kokoskaffee	Pfund-Tafel 85	Kausstron	Paket 7
Petras Tafel	Pfund 85	Wasserpulver	Paket 7
Walzenmehl 750g	5 Pfund 75	Milchkaffee	Pfund 90
Kukur, gemahlen	2 Pfund 75	Beimische Phosphen	Pfund 100
Kunsthag	Pfund-Tafel 95	Ringelöl	Pfund 100
Corinthien	Pfund 90	Ölfr. Aprikosen	Pfund 100
Sultanien	Pfund 100	Phosphen, s. Früchte 1 Liter-Dose	125
Mandel, bitter	Pfund 140	Phosphen, s. Früchte 1 Liter-Dose	185
Mandel, süß	Pfund 180	Essenstücken ohne Branntöl	125
Mandel- und Zitronenl. Pfunde	8	Getrocknete	Club-Dose 45
Sackpulver, Oelzer	8	Getrocknete	Carmen-Dose 55
Staubzucker	Pfund 45	Wärfeizucker	Pfund 45

Kaufhaus Schocken

Damen-Fahrräder Herren-Fahrräder Lübkke, Fahrrad-Handlung, Wettinerstraße 26.

DANK.
Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Tode unserer lieben, guten Mutter
Anna Emilie verw. Flemming geb. Paul
mögen wir allen unseren verbindlichsten Dank.
Die tieftrauernden Kinder
nebst Hinterbliebenen.
Apostelg. 1, 14.
Aue, Hammerbrücke, Morgenröthe, den 3. Juni 1924.

Für die uns beim Heimgange unseres Söhnchens von allen Seiten zuteil gewordenen Aufmerksamkeiten in letzten Karren- und Blumengrüßen, sowie Begleitung zur letzten Ruhe, danken wir allen aufs Innigste. Alle diese zum Ausdruck gebrachte Anteilnahme ist uns ein Trost in schwerer Zeit geworden.
Dir aber, lieber Wolfgang, der Du in Deinem kurzen Erden-dasein nur zur Freude Deiner Eltern gelebt hast, rufen wir ein letztes „Lebe wohl“ in Dein viel zu frühes Grab nach, dessen Wiederhall ein frohes „Auf Wiedersehen“ sein möge.
Die tiefgebeugten Eltern
Ernst Böttger u. Frau.

Die unterzeichneten Banken geben hiermit bekannt, daß ihre Geschäftsräume
am Pfingstsonnabend, den 7. Juni 1924 geschlossen bleiben.
Reichsbanknebenstelle Aue.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Zweigstelle Aue.
Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Filiale Aue.
Deutsche Bank, Zweigstelle Aue.
Vereinsbank Aue i. Erzgeb.
a. G. m. b. H., Aue.

Lichtbäder
in höchster Vollendung (Sitz- und dreifarbige Gegenlicht) Behandlung durch Schmelzwasser. — Massage, Dampf- u. med. Bäder verabreicht täglich.
Naturheilkundiger Richter, Aue, nur Mittelstraße.
Kabinenzeit für alle Krankheiten.

Zuschne meine schöne 5-Zimmer-Wohnung
geg. freundlich. Etage m. anseh. Schlafzimmern im Zentrum od. Bahnhofstr.
Werte Angebote unt. N. 2408 an Aue. Erzgeb. Tagblatt erbetl.

Existenz.
Wir vergeben an Kautions- oder sonstige Sicherheit bietende Herren, Damen jeden Standes Auslieferungslager in Hausbedarfartikeln (Anzüge, Kleider für Herren u. Damen, Wäsche, Schuhe, Koffer usw.) behufs provisorischen Verkaufs auf Abzahlung an sichere Kundschaft. Warenablieferung, Anzahlungs- und Rateninlasso wird mit übertragen. Unbegrenzt große leichte Verdienstmöglichkeit (Dauerexistenz). Ausführliche Angebote unter Angabe der Art der Sicherheitsleistung an August Rettig, O. m. b. H., Berlin W., Innsbruckerstr. 18.
Kautschukstempel
für jeden Bedarf liefert Auer Tageblatt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Montag früh 6 Uhr verschied nach schweren Leiden meine liebe gute Frau, unsere treuer-gende Mutter, Schwester, Schwägerin, Groß- und Schwiegermutter und Tante, Frau
Ida Emilie Ficker
geb. Uhlmann
im 71. Lebensjahr
In tiefstem Weh
Ernst Ficker
nebst Kindern.
Aue, Schneeberg, Wilkau, am 2. Juni 1924.
Die Beerdigung findet Donnerstag 1 Uhr vom Trauerhause, Meinerstraße 85, aus statt

Tilsiterkäse
In prima vollster Qualität versendet in Postpaketen per Nachnahme stets zum billigsten Tagespreise, s. St. 1.05 p. 100. Garantie: Kostenlose Surücknahme wenn nicht prima.
Georg Albrecht, Marienburg, Dindenburgstraße 51.
Käsehandlung.
Abgebauten Beamten bietet sich beim Besuch von Privathaushaltungen gute Verdienstmöglichkeit.

Tüchtiger Vertreter
in Web- und Textilwaren gesucht. Nur bei der Rundschiff bestellungs-fähige Herren wollen sich melden. Angeb. unter N. T. 2401 an das Auer Tageblatt erbeten.

Tauschermühle b. Aue.
Morgen Reunion.

Fahrradgummi
Mantel 2.75, 2.90
prima Qual. 3.55, 3.85
extremprima Qual. 4.25, 4.50
Schlauch prima —.95
extra prima 1.25
Gedrigsbeden prima 4.75
extra prima 5.—

Schreibtisch-Sessel,
eichene Stühle, roh und gebeigt, braune Stühle, mit Kunstleder- oder Patent-sch. gelbe Rücken- und Saal-Stühle verl. sehr bill.

Fahrräder
Jahres-tella billig.
Material prima.
Emil Levy, Hildesheim 26

Stuhlhandl. Teichert,
Aue, Eisenbahnstraße 5.
S. 170 haben!

SIL
Das prachtvollste Schneeweiß
wird jede Woche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henke's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Handwäsche.
— OHNE CHLOR —

Teilzahlung gestattet
Möbel- u. Polsterwaren
eigener Werkstätten.
Herren-
Anzüge, Paletots, Hosen.
Damen-
Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen,
Strickjacken u. Strickwesten.
Wäsche, Inletts, Gardinen.
Schuhwaren.
Sport- und Kinderwagen.
Paul Katz, Aue
Bahnhofstraße 34.

Ein wenig getrag. Sommer-Anzug,
große Status, preisw. zu vert. Wettinerstr. 26, II r.
Träulein, 25 J., sucht Kunst- und naturleb. Freund oder Freundin. Werte Angeb. u. R. 888 postlagernd Posten erbeten.